

Bayerische Umweltpolitik – Was können wir von den Anfängen lernen?

Silke Franke

Im folgenden Beitrag soll aufgezeigt werden, vor welchen Herausforderungen Umweltpolitik in der Praxis steht. Ein Blick auf die Entstehung der bayerischen Umweltpolitik zeigt, dass es stets große Widerstände gab, doch dass durch Beharrlichkeit auch Erfolge verbucht werden konnten, die sich nicht nur für Mensch und Natur, sondern auch in Gesellschaft und Politik auszahlten. Daraus lassen sich Werte für die Praxis ableiten¹.

1. Entstehungsgeschichte Bayerischer Umweltpolitik

Es lohnt sich, zunächst einen Blick zurückzuwerfen auf eine Zeit, die als Beginn der Umweltpolitik² angesehen wird: die 1970er Jahre.

1.1 Wachsendes Problembewusstsein

In der Nachkriegszeit erholte sich die Wirtschaft in Deutschland erstaunlich schnell. Die Bevölkerung konnte sich mit dem zunehmenden Wohlstand immer mehr Konsumgüter leisten. Doch bald wurden auch die negativen Folgen dieser Entwicklungen immer deutlicher – etwa Luftverschmutzung in den Städten, Fischsterben in den Flüssen oder „wilde Müllkippen“ in den Fluren. Tier- und Naturschützer wie Horst Stern, Bernhard Grzimek, Heinz Sielmann oder Hubert Weinzierl brachten der Öffentlichkeit die Schönheiten der Erde nahe und dokumentierten die Veränderungen und Gefahren. Nach und nach keimte ein Problembewusstsein auf.

1970 rief der Europarat erstmalig ein Europäisches Naturschutzjahr mit zahlreichen Aktionen aus. Hochrangige Teilnehmer einer Europäischen Konferenz forderten in einer Deklaration, dass der „vernunftgemäße Gebrauch und die Planung der natürlichen Ressourcen“ in der Politik höchsten Vorrang genießen und gleichberechtigt finanziert werden sollen.

1. Dieses Vorgehen wurde auch im Rahmen eines Expertenworkshops „Staatsziel Umweltschutz – Eine politische Querschnittsaufgabe“ im Sommer 2018 durchgespielt. Ehemalige und aktive bayerische Umweltpolitiker und Vertreter von Verbänden und Wissenschaft beschäftigten sich mit der Frage, was „gute Umweltpolitik und Umweltpolitiker“ auszeichnen sollte und analysierten anhand der Pionierleistungen der bayerischen Umweltpolitik in den 1970er Jahren „Wie kommt das Neue in die Politik?“. Der folgende Beitrag gibt in wesentlichen Teilen die immer noch gültigen Einschätzungen und Empfehlungen wider (siehe auch Franke, Silke: Staatsziel Umweltschutz – Eine politische Querschnittsaufgabe. Ergebnis des Expertenworkshops vom 9. Juli 2018, München. Grundsatzpapier (intern), 2018).
2. Siehe auch: Franke, Silke: Pioniere der Umweltpolitik – Wie Bayern Neuland betrat. In: 75 Enthüllungen über eine Partei – Was Sie über die CSU wissen sollten. Hanns-Seidel-Stiftung, München, 2020, S. 291-294

1.2 Institutionalisation der Umweltpolitik als Pionierarbeit

Bayern setzte diese Anliegen um, indem es ein eigenes „Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen“ errichtete. Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel begründete seinen Vorschlag am 8. Dezember 1970 im Landtag wie folgt: „Die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen durch die zunehmende Technisierung der Welt und den unkontrollierten Egoismus der einzelnen lässt es nicht zu, den Umweltschutz heute noch von den Ministerien gesondert unter den verschiedensten Teilaspekten wahrzunehmen.“³ Der Landtag stimmte zu und so entstand das erste Umweltministerium in Deutschland und in Europa – womöglich auch weltweit. Umweltminister wurde Max Streibl.

1.3 Implementierung von Naturschutz mit wertekonservativen Akzenten

Als weitere Schlüsselfigur gilt Hans Eisenmann, der als Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten neue, dem christlichen Weltbild verpflichtete Akzente setzte und dabei den Schutzgedanken implementierte. In seiner Amtszeit wurde 1970 der Nationalpark Bayerischer Wald gegründet - der erste Nationalpark in Deutschland. Der Wald funktionsplan und das Waldgesetz in Bayern wurden zu Meilensteinen der deutschen Forstgesetzgebung.

Streibl und Eisenmann leisteten mit ihren Mitarbeitern bei der konkreten Ausgestaltung Pionierarbeit, wobei sie sich auch nicht scheuten, auf Akteure der Zivilgesellschaft zuzugehen und externe fachliche Kompetenzen einzubinden. Sie zeichnete nicht nur ein vorausschauendes Gespür für Themen und Personen aus, sondern auch eine wertekonservative Rückbesinnung und dem Anspruch, es „richtig zu machen“.

Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Rede von Eisenmann zu Landwirtschaft und Ökologie am 10. April 1975 auf dem Petersberg in Dachau, in der er den Auftrag aus der Schöpfungsgeschichte, „sich die Erde untertan zu machen“ zum Ausgangspunkt seiner Argumente machte. Zum Wesen des Menschen, der in der Natur und von den Gütern der Natur leben müsse, gehöre daher das wirtschaftliche Denken und das Verändern der Natur. Doch Eisenmann verwies an dieser Stelle darauf, dass es auch noch andere Werte gebe: „Wir können und dürfen nicht alles mit der Elle der Rentabilität messen. Der Mensch lebt nicht isoliert, sondern stets in der Gemeinschaft. Auf diese ist er zu Rücksichtnahme verpflichtet. Daraus ergeben sich schon ganz klar die Grenzen für wirtschaftliches Handeln, aber auch Grenzen für die Eingriffe in die Umwelt.“

1.4 Mit Überzeugungskraft und Lernprozessen gegen Widerstände

Der CSU-Politiker Alois Glück betrachtete die Erfolge dieser Pionierarbeit nicht als selbstverständlich.⁴ Führende Politiker waren misstrauisch und hielten die Schaffung eines eigenen Umweltministeriums für eine falsche Konzession an den Zeitgeist. Dass es doch

3. Drucksache Nr. 7/7 PL vom 08.12.1970

4. Dies äußerte er im Rahmen des Workshops mit Umweltexperten, der diesem Beitrag zugrundeliegt.

realisiert werden konnte, lag seiner Meinung nach nicht unwesentlich am damaligen CSU-Generalsekretär Max Streibl und seinen Mitstreitern in der CSU-Landesleitung, die sich in zahlreichen Gesprächen dafür einsetzten und das Konzept entwickelten.

Neben der Schaffung des Ministeriums wurden in den Folgejahren auch weitere Fachbehörden und Gremien installiert, etwa das Landesamt für Umwelt und der Naturschutzbeirat. Das Naturschutzgesetz wurde zum fortschrittlichsten in ganz Europa modernisiert und wegweisende (technologische) Umwelt-Standards geschaffen, wie etwa die Überwachung der Luftqualität oder die Biotopkartierung⁵.

Bayern wurde für viele andere Länder ein Anschauungsbeispiel für Naturschutzrecht, Umwelttechnologie, aber auch Verwaltungspraxis und Bildungsvermittlung. 2019 verkündet die CSU selbstbewusst, „beim Umweltschutz schon immer Taktgeber“ gewesen zu sein⁶.

Auch die Ausweisung des ersten Nationalparks im Bayerischen Wald stieß auf erheblichen, anhaltenden Widerstand der Bevölkerung vor Ort. Der Natur völlig freien Lauf zu lassen und daraus die Zusammenhänge im Ökosystem zu verstehen lernen, das waren für Alois Glück Lernprozesse, wie auch Konfliktprozesse in der gesellschaftlichen Debatte, in der politischen Auseinandersetzung und in der naturschutzfachlichen Diskussion. Glück: „Der Preis waren nicht nur große Belastungen und Anstrengungen; der Preis waren auch unendlich viele Anfeindungen und Schmähungen. Nur mit großem Engagement, großer Überzeugungskraft und innerer Stärke war dieser Weg zu meistern“⁷.

Heute freilich gilt der Nationalpark als Tourismusmagnet. Eine Umfrage der Universität Würzburg⁸ ergab, dass sich auch die Bevölkerung in der Region mit überwältigender Mehrheit für ein Weiterbestehen des Nationalparks ausspricht. So resümiert Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Bayerischen Landesbund für Vogel- und Naturschutz⁹: „Der Mut der Anfang der 1970er-Jahre verantwortlichen Politiker hat sich ausgezahlt. Heute sind wir alle – zu Recht – stolz auf unseren Nationalpark Bayerischer Wald“.

Durch das Engagement von überzeugten Persönlichkeiten, die an christlich-konservative Werte appellierten und in Medien, Wissenschaft und Politik Verbündete suchten, konnten auch gegen Widerstände Erfolge erzielt werden, die heute als Meilensteine der Umweltpolitik gelten. Schutzgebiete wurden eingerichtet, Systemzusammenhänge erforscht, die Umweltqualität gemessen, technologische Verbesserungen eingeführt und die Umweltbildung gestärkt.

5. Ausführliche Darstellung siehe: Kaul, Henning: Umweltpolitik in Bayern unter Führung der CSU seit 1970 durch den Arbeitskreis „Umwelt“ der CSU-Landtagsfraktion, durch den „Umweltausschuss“ des Bayerischen Landtags und durch die Bayerische Staatsregierung. Unveröffentlichtes Manuskript, Stand September 2017.
6. <https://www.facebook.com/CSU/videos/die-csu-war-beim-umweltschutz-schon-immer-taktgeber/385738042110995/>
7. Vorwort von Alois Glück in: Bibelriether, Hans, 2017: Natur Natur sein lassen: Die Entstehung des ersten Nationalparks Deutschlands – der Nationalpark Bayerischer Wald. Edition Lichtland, 2017
8. Job, Hubert et al.: Akzeptanz der bayerischen Nationalparks – Ein Beitrag zum sozioökonomischen Monitoring in den Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgaden (= Würzburger Geographische Arbeiten 122). Würzburg University Press, 2019
9. Schäffer, Norbert: Lebensgemeinschaft Mensch, Tier und Pflanze. In: Ferber, M./ Kaul, H. (Hg.): Bekenntnisse zur Verantwortung für die Umwelt, Lau Verlag, 2021, S.223-238.

2. Herausforderungen der Umweltpolitik

2.1 Mobilisierungsgrad „in Wellen“

Umweltpolitik hat nicht immer einen prominenten Stellenwert. Oft sind es Katastrophen oder herausragende wissenschaftliche Erkenntnisse, die Umweltthemen wieder stärker in das Bewusstsein von Gesellschaft und Politik rücken. Josef Göppel, oft als das „grüne Gewissen“ der CSU bezeichnet, hat die Konjunkturen des Umweltthemas nachgezeichnet¹⁰. Die Euphorie Anfang der 1970er Jahre flachte demnach rasch wieder ab und kam erst in den 1980er-Jahren wieder in Schwung, als das Waldsterben sichtbar wurde. Die nächste „Welle“ wurde im Jahr 1992 durch die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung ausgelöst. Ab den 2000er Jahren war der Klimawandel nicht mehr zu leugnen und nach dem Reaktorunglück von Fukushima bekam die Energiewende einen Schub.

Die Umweltthemen der letzten Jahrzehnte (exemplarisch)

70er Jahre

- Umweltprobleme, wie das Fischsterben im Rhein oder das Chemieunglück in Seveso (Italien);
- Großereignisse, wie das erste Europäische Naturschutzjahr oder die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen (UN) in Stockholm;
- Buch von Dennis Meadows: „Die Grenzen des Wachstums“;
- Gründung der Partei „Die Grünen“

80er Jahre

- Umweltprobleme, wie „saurer Regen“ und „Waldsterben“, „Treibhausgase und Ozonloch“ und das Reaktorunglück von Tschernobyl;
- Proteste gegen Großinfrastrukturmaßnahmen, wie Rhein-Main-Donau-Kanal oder Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf;
- Buch von Frederic Vester „Unsere Welt, ein vernetztes System“

10. In: „Die Welt“ vom 10. September 2019

90er Jahre

- Großereignisse, wie die UN-Konferenz in Rio de Janeiro über Entwicklung und Umwelt, das zweite Europäische Naturschutzjahr oder die UN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen („Kyoto-Protokoll“);
- Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“; Greenpeace-Proteste gegen die Versenkung der Ölplattform „Brent Spar“

00er-Jahre

- UN-Bestandsanalyse der globalen Biodiversität („Millenium Ecosystem Assessment“); neue Erkenntnisse zu „Naturkapital: Wert der Natur“; „Green Economy“, „Kipp-Punkte im Erdsystem“
- Buch von Nicholas Stern: „Die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung“ („Stern-Report“)
- Streit um den Donauausbau

2010-2025

- Nuklearkatastrophe von Fukushima; Energiewende
- Großereignisse, wie das UN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen („Paris-Abkommen“)
- Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus
- Initiative „Gegen Flächenfraß“ und Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern, Fridays for Future-Protestaktionen, Verhandlung von Klimaklagen an Gerichtshöfen
- Extreme Niederschlagsereignisse (Flutkatastrophe im Ahrtal) bzw. Dürreperioden und Hitzetage

Eigene Darstellung

Mittlerweile hat sich die Lage wieder gewandelt. Die Folgen der Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands in die Ukraine, wirtschaftliche Rezession und Verschwörungstheorien über Social-Media-Kanäle verunsichern die Menschen. Umwelt und Klima konkurrieren daher mit anderen Themen um die Aufmerksamkeit in Medien, Gesellschaft und Politik.

2.2 Umweltmaßnahmen: Abwehrreaktionen und Wertekonflikte

- Umweltthemen erleben immer wieder eher unpopuläre Zeiten, in denen sie nachrangig behandelt werden und sich in der Defensive befinden. Begründungen für notwendige Maßnahmen sind zudem oft wissenschaftlich-abstrakt hergeleitet und beruhen auf komplexen Wechselwirkungen und langfristigen Effekten. Für die Öffentlichkeit ist die Aufgabenstellung dann nicht so leicht oder unmittelbar nachvollziehbar. Daher stellen sich schnell Abwehrreaktionen ein, denen oft auch Wertekonflikte zugrunde liegen: gegen die Einführung neuer Praktiken, etwa in der Landwirtschaft: „Das brauchen wir nicht, das haben wir schon immer so gemacht“ (Gewohnheitsrecht), „Wir wurden ja gar nicht gefragt, da reden Leute mit, die sich nicht auskennen“ (Partizipations- und Legitimationsdefizit)
- gegen Einführung von Auflagen oder Abgaben z.B. für Unternehmen: „Das führt zu wirtschaftlichen (Wettbewerbs-)Nachteilen und Verlagerung von Standorten“, „Arbeitsplätze gehen verloren“ (Behinderung der unternehmerischen Freiheitsrechte)
- gegen den Bau von Windrädern oder die Festlegung als Endlagerstandort für Atommüll: „Energiewende ja, aber nicht in Sichtweite“, „Warum hier und nicht anderswo?“ (NIMBY-Phänomen: „Not In My BackYard“, Nicht in meinem Hinterhof)
- gegen die Ausweisung von Schutzgebieten, z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebiete: „Das ist quasi Enteignung“, „Das behindert die kommunale Selbstverwaltung“ (Eingriff in Privateigentum und Freiheitsrechte)
- gegen den Naturschutz, z.B. Schutzstatus des Wolfes: „Ja, zählt denn der Mensch gar nicht?“ (Gerechtigkeitsempfinden)

2.3 Umweltpolitik: entweder oder?

„Warum soll ich etwas beitragen und andere scheinbar nicht?“ Umweltthemen sind oftmals mit Emotionen und grundsätzlichen Einstellungen verbunden. Die Frage der Gerechtigkeit ist wohl der heikelste Punkt. Sehr schnell kommt es zu Vertrauensverlust und dem Vorwurf, durch Moralapostel bevormundet zu werden. Zusätzlich erschweren Partei- und Lobbylogiken sowie „alte Grabenkämpfe“ sachliche Diskussionen.

So werden in der Argumentation, was „richtig“ oder „wichtiger“ ist, nicht selten grundsätzliche Haltungen gegenübergestellt und gegeneinander als „entweder – oder“ ausgespielt, etwa

Umwelt, Klima, Biodiversität, Nachhaltigkeit	↔	Wirtschaft, Arbeitsplätze, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit
Eigenwert der Natur, Gemeinwohlorientierung	↔	Mensch im Mittelpunkt, Schutz der Eigentums- und Freiheitsrechte
Vertrauen in naturbasierte Lösungen, systemisches Denken,	↔	Vertrauen in Technologie, Markt
Transformation, Suffizienz, Verbote	↔	Beständigkeit, Wachstum, Freiwilligkeit

Traditionell hat der Schutz des Privateigentums eine starke Stellung. In der Praxis werden Maßnahmen der Bewusstseinsbildung, Anreize und freiwillige Kooperationen gegenüber ordnungspolitischen Maßnahmen bevorzugt. Mit Verweis auf die Lösungsfähigkeit des Marktes („öko-soziale Marktwirtschaft“) sowie auf das hohe Niveau von Wissenschaft und Technik („Entwicklung sauberer Technologien“) liegt die Haltung überwiegend in „sowohl als auch“ und nicht „entweder oder“.

3. Umweltpolitik: sowohl als auch!

Jenseits von allen Vereinseitigungen muss es einer gelungenen Umweltpolitik um ein ausgewogenes Verhältnis von Freiwilligkeit und Ordnungsrecht gehen. Die nachfolgenden Vorschläge zeigen auf, wo kooperative Maßnahmen gestärkt werden könnten und ab wann das Ordnungsrecht zu Hilfe genommen werden muss.

3.1 Kooperative Maßnahmen

Der kooperative Ansatz hat in Bayern viele erfolgreiche Initiativen ermöglicht und gefördert. Beispielhaft seien hier das Kulturlandschaftspflegeprogramm (KULAP), die Ökomodellregionen und der Umwelt- und Klimapakt Bayern genannt.

Es gibt zahlreiche weitere erfolgreiche Ansätze in der laufenden Umwelt- und Naturschutzarbeit der verschiedenen Ressorts. Die positiven Erfahrungen, in den Kommunen und Regionen vor Ort und bei den relevanten Akteuren in z.B. Wirtschaft und Verbänden, sollten fortgeführt und ausgebaut werden:

- Koalitionen der Willigen bilden, Aufruf zur Beteiligung an Bündnissen, mit den relevanten Akteuren gemeinsame Interessen identifizieren und Zielvereinbarungen treffen. Ansprechpartner auch bei den Medien und in der Wirtschaft suchen, die „für das Thema brennen“. Positive Darstellungen (Narrative) und akzeptanzfördernde Argumente bieten.
- Reallabore, Modellvorhaben, Wettbewerbe, Benchmark-Möglichkeiten ausschreiben. Kooperative Projekte vor Ort stärken, etwa durch Beratungs- und Begleitungsprogramme, durch praktikable Anforderungen (die Betroffenen mit und an den Aufgaben wachsen lassen), durch begleitende Kommunikations- und Medienarbeit, durch die Integration einer Wertschöpfungsgenerierung.
- Positive Ansätze verstetigen und schrittweise in der Fläche verbreiten. Erfolge sollten strukturell im gesamten Einflussbereich des Ressorts bzw. ressortübergreifend verstetigt werden. Den Zielrahmen von Bündnissen und Selbstvereinbarungen schrittweise anheben, begleitet durch strukturelle Maßnahmen.

Freiwillige partnerschaftliche Ansätze - gerade mit Wirtschaftsakteuren - sollten auch weiterhin eine große Rolle spielen. Denn wo sich verschiedene Akteure entlang einer Wirkungskette auf Augenhöhe begegnen und ihre spezifischen Kompetenzen wie auch Perspektiven und Anliegen für ein gemeinsames Ziel einbringen können, können sich auch innovative Herangehensweisen als Modell für weitere und weitergehende Initiativen etablieren. Hier gilt es auch in andern Bereichen an das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ anzuknüpfen, der in sozialer, ökologischer und ökonomischer Verantwortung handelt.

3.2 Ordnungspolitische Maßnahmen

Wo sich der mündige Verbraucher in seiner Entscheidungsfreiheit und Rolle als verantwortlicher Konsument überfordert sieht, wo sich die gute Absicht und der freiwillige Ansatz in der Praxis nicht als zielführend erweisen, muss die Politik auch über ordnungspolitische Maßnahmen korrigierend und mit neuer Ausrichtung tätig werden, etwa um stärkere Anreize zu umweltverträglichen Produkten zu setzen.

Ordnungsrechtliche Maßnahmen werden oft als Bestrafung empfunden. Es muss daher verstärkt vermittelt werden, dass gesetzliche Vorgaben dazu dienen, Betroffene zu schützen und Werte zu wahren. Verordnungen sollen helfen, nicht strafen.

Folgewirkungen von ordnungsrechtlichen Maßnahmen sollten sorgfältig abgeschätzt werden, z. B. hinsichtlich Wirkungen auf die Situation in der Landwirtschaft oder der Kommunen, aber auch hinsichtlich möglicher „Ausweichstrategien“, mit denen Betroffene eine befürchtete Verschlechterung ihrer Situation umgehen wollen oder hinsichtlich der so genannten „Rebound-Effekte“.

Auswirkungen, die nicht vermeidbar sind und eine bestimmte Gruppe betreffen, sollten diesen ehrlich und offen kommuniziert werden.

4. Werte für Umweltpolitik(er)

4.1 Werteorientierung

Die frühen Erfolge bayerischer Umweltpolitik haben gezeigt, dass zentrale Weichenstellungen möglich sind – wenn man nur das Fundament kennt, auf dem man steht. Der ehemalige Agrarminister Hans Eisenmann hat mit dem „bayerischen Weg der Agrarpolitik“ eine ganzheitliche Sicht auf die Agrarpolitik eröffnet - entgegen den damals vorherrschenden Vorstellungen von großen, rationell geführten Produktionseinheiten. Natur und Mensch, Mensch und Technik sollten ihm zufolge nicht gegeneinander ausgespielt, sondern vielmehr jeweils anerkannt und gestärkt werden:

- **Natur, Schöpfung** – Anerkennung des Eigenwerts der Natur. Natur verstehen lernen und ihr Raum zur freien Entfaltung lassen (z.B. durch Gründung des Nationalparks).
- **Mensch, Lebensqualität** – Anerkennung des gesellschaftlichen Mehrwerts bäuerlicher Landwirtschaft über die Nahrungsmittelproduktion hinaus, etwa durch Pflege der Landschaften und lebendiger Dorfgemeinschaften (z.B. Honorierung der Leistungen, Stärkung der Dorferneuerung).
- **Technik, Wertschöpfung** – Anerkennung der verschiedenen landwirtschaftlichen Strukturen im Nebeneinander statt durch „Wachsen oder Weichen“. Modernisierung der Landwirtschaft, Verbesserung von Effizienz und Rentabilität (z.B. durch Ausbildung und Technik). Im Gegenzug Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe (z.B. durch Gründung von Maschinenringen, Dorfhelferinnen etc.).

Er begründete seine Maßnahmen mit einer an christlichen Werten orientierten, ganzheitlichen Grundhaltung, so etwa in seiner Rede am 3. August 1987 auf der Fraueninsel: „Dabei ist die allgemeine Maxime im Grunde sehr einfach: Ehrfurcht vor Schöpfer und Schöpfung und Achtung des Mitmenschen. Damit ist auch die Grundhaltung der bayerischen Agrarpolitik vorgegeben.“

Eine Werteorientierung freilich sollte allerdings eine Haltung sein, die dauerhaft trägt, wie Alois Glück betonte¹¹: „Wer Zustimmung will, muss Sinn vermitteln. Diese Orientierungsleistung, diese Führungsverantwortung kann nicht durch Umfragen oder stimmungsorientierte Politik ersetzt werden.“ Wer das Benennen von politischen Aufgaben anderen überlässt, läuft Gefahr, dass negative Meldungen und Skandalisierungen das Meinungsbild beherrschen. Die notwendige Auseinandersetzung wird dann stark emotional oder ideologisch geprägt geführt, während wertvolle Zeit für eine Lösungsfindung verlorengeht.

4.2 Wertschätzung

Die Erfolge der bayerischen Umweltpolitik wären ohne engagierte Bürger, unbequeme Umweltorganisationen oder anerkannte Wissenschaftler nicht möglich gewesen – aber eben auch nicht ohne vorausschauende Politiker, die offen sind für konstruktive Auseinandersetzungen und die Ideen aufgreifen, sowie kompetente Beamte in der Staatsverwaltung, die daraus tragfähige Handlungskonzepte entwerfen. Zur Rollenverteilung der Erfolgsgeschichte – wie sie Alois Glück immer wieder resümierend skizziert hat – gehören letztendlich auch Medienvertreter, die an Lösungen interessiert sind und in der Öffentlichkeit das Interesse wecken.

Voraussetzung ist, diese Rollen- und Aufgabenverteilung in wechselseitigem Respekt zu akzeptieren und die jeweiligen „Echokammern“ zu verlassen. Wo Abwägungsprozesse nachvollziehbar dargelegt werden und der Versuch unternommen wird, nicht Feindbilder, sondern ein gemeinsames Interesse zu erzeugen, besteht auch die Chance Spannungen abzubauen und Prozesse konstruktiv zu gestalten.

Natur-, Umwelt- und Klimaschutz haben an sich einen hohen Stellenwert, auch wenn die damit verbundenen Anforderungen gerade nicht populär sind. Mit Werteorientierung und Wertschätzung lassen sich auch unabhängig vom Aufmerksamkeitsbarometer wert-schöpfende Lösungen verfolgen.

SILKE FRANKE

ist Leiterin des Referats Umwelt und Energie, Städte, Ländlicher Raum der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

11. so Alois Glück am 31.01.2018 in seinem Papier „Ein Jahrzehnt epochaler Veränderungen: <https://www.hss.de/news/detail/2008-2018-news2497/>